

„Die Geschichte Rumäniens ist eine
Geschichte nicht gelöster Widersprüche.“
(Catherine Durandin)¹

*Ein Rätsel und ein Wunder der Geschichte:
das rumänische Volk*
(Gheorghe Brătianu)²

Edda
Binder-Iijima

Grundzüge einer Geschichte Rumäniens

1. Herkunft, Ethnogenese und Sprache

Diese Fragen gehören zu einem Gesamtkomplex, bei dem oft weniger die historische Behandlung im Vordergrund steht, sondern ihre politische Verwertung, die wiederum zu einem Teil der Geschichte geworden ist, besonders was das Verhältnis von Ungarn und Rumänen angeht.

Den historischen Ausgangspunkt bildet die Eroberung Dakiens durch den römischen Kaiser Trajan im Jahre 107 n. Chr. und die Bildung einer römischen Provinz Dakien auf einem Gebiet nördlich und südlich der Karpaten, die somit administrativ, sozial, wirtschaftlich und kulturell ins römische Weltreich eingegliedert wurde. Doch bereits im Jahre 270 wurde die Provinz militärisch aufgegeben und die römische Grenze wegen einer besseren Verteidigung an die Donaulinie zurückgenommen. In den folgenden Jahrhunderten, in denen verschiedene indogermanische Stämme und asiatische Reitervölker das Gebiet durchquerten, fehlen fast alle Nachrichten über den Verbleib der Bevölkerung. Von den durchziehenden Völkern lassen sich nur die Slawen (seit dem 6. Jahrhundert), dann die Ungarn (seit

1 Catherine Durandin, *Histoire des Roumains*, 1995, S. 17.

2 Gheorghe Brătianu, *Ein Rätsel und ein Wunder der Geschichte: das rumänische Volk*, Bukarest 1942. Übernommen wurde der Titel von einer Kapitelüberschrift des französischen Historikers Ferdinand Lot in seinem Buch über die Völkerwanderung: *Les Invasions barbares*, Paris 1937.

dem 9. Jahrhundert) dauerhaft in diesem Raum nieder. Die Ungarn beginnen dann auch mit der allmählichen Eroberung Siebenbürgens.

In den Jahrhunderten vom Abzug der Römer bis ins 9. Jahrhundert vollzogen sich die Ethnogenese der Rumänen und die Herausbildung einer ostromanischen Sprache, zu denen das Rumänische oder auch Dakorumänische in Abgrenzung von anderen Hauptdialekten (Aromunische, Meglenorumänische und Istrorumänische) gehört. Strittig ist die Frage, ob sich diese nördlich oder südlich der Donau vollzogen hat. Die sogenannte Migrations-*theorie* (R. Roesler) vertritt die Ansicht, die vielfach von ungarischen Historikern übernommen wurde, dass die Rumänen vom Süden der Donau her, wo die Romanisierung länger und intensiver gewesen war, in das heutige bewohnte Gebiet einwanderten, während die *Kontinuitätstheorie* von einem Verbleib der romanisierten Bevölkerung nördlich der Donau und auch in Siebenbürgen ausgeht.

Von den gefundenen Fakten her ist die Frage nicht eindeutig zu beantworten, doch gehen die meisten Historiker und Linguisten davon aus, dass die Donau keine Sprachgrenze bildete, sondern dass es immer vielfältige Kontakte gab, so dass im Zusammenwirken von Kontinuität und Migration die Antwort auf die Ethnogenese zu finden ist. Bei den Rumänen handelt es sich demnach um die Nachfahren einer ostromanischen Bevölkerung im ehemaligen römischen Reich, die sich in den Wirren der Völkerwanderungszeit und der slawischen Landnahme behaupten und eine auf dem Latein basierenden Sprache bewahren konnten, in die slawische und andere balkanische Sprachelemente mit aufgenommen wurden.

Die Affinität des Rumänischen mit dem Lateinischen oder Italienischen und damit die vermutete Abstammung von den Römern wurde schon früh von auswärtigen Reisenden und den rumänischen Chronisten festgestellt. Ein berühmt gewordener Satz eines moldauischen Chronisten (Ureche) lautet denn auch: „De la Rim ne tragem“ („Von Rom leiten wir uns ab“). Zum Politikum wurde diese Frage, als sie Anfang des 18. Jahrhunderts mit dem Kampf der Rumänen in Siebenbürgen für ihre politische und soziale Gleichstellung mit den übrigen „nationes“ (Ungarn, Deutsche und Szekler) verbunden wurde. Die wichtigste Voraussetzung für diese Entwicklung bildete die Union eines Teils der rumänischen Orthodoxie mit der römischen Kirche (1701), die den Zugang zu Bildung und Auslandsstudium ermöglichte. Dadurch entstand eine rumänische Intelligenz in Siebenbürgen, die zum Vorkämpfer für ein rumänisches Nationalbewusstsein wurde. Mit der Berufung auf die lateinische Abstammung und den lateinischen Charakter des Rumänischen vertrat sie nicht nur die Kontinuität, sondern begründete auch den rumänischen Primat auf Siebenbürgen, um daraus die Legitimität für ihre

Forderungen nach Gleichberechtigung zu beziehen. Diese wurden in einer berühmten Bittschrift von 1791, der „Supplex Libellus Valachorum“ formuliert, in der es hieß: „Nicht hinzugekommen, sondern alt, viel älter als alle anderen ist die walachische Nation in Siebenbürgen“.

Dieser durch die „Siebenbürgische Schule“ (Școala ardeleană) eingeleitete Nationsfindungsprozess hatte große Auswirkungen auch auf die benachbarten Fürstentümer Moldau und Walachei, da viele der siebenbürgischen Gelehrten als Lehrer dort tätig waren und die Generation der rumänischen Nationsgründer prägten und beeinflussten.

Im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts wurden die Positionen der Kontinuitäts- und der Migrationstheorie immer mehr zu ideologisch-nationalistischen Instrumenten in den politischen Auseinandersetzungen zwischen Rumänien und Ungarn um die historisch vermeintlich älteren Rechte auf Siebenbürgen. Sowohl für die rumänische Irredenta vor dem 1. Weltkrieg wie für den ungarischen Revisionismus danach dienten sie dazu, die jeweiligen Ansprüche auf Siebenbürgen zu untermauern. Noch 1986 löste die Veröffentlichung einer dreibändigen ungarischen Geschichte über Siebenbürgen, die die Migrationstheorie vertrat, heftige Gegenreaktionen auf rumänischer Seite aus. Das Thema ist immer noch stark emotional besetzt, weil sich damit auch Identitätsfragen verbinden, die gerade in Umbruchzeiten wie den jetzigen virulent sind. Sie werden vermutlich erst dann aus den Arsenalen politischer Agitation aller nationalistischer Gruppen verschwinden, wenn die politischen und gesellschaftlichen Bedingungen diese Frage obsolet machen.

2. Geopolitische Voraussetzungen

Die rumänische Geschichte ist bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts bzw. zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine Geschichte der beiden Fürstentümer Walachei (südlich der Karpaten bis zur Donau) und Moldau (östlich der Karpaten bis zum Dnestr, später bis zum Pruth) und von Siebenbürgen als Teil von Ungarn bzw. Österreich-Ungarn. Ein gemeinsames Kennzeichen aller drei Hauptregionen des heutigen Rumäniens (Walachei, Moldau, Siebenbürgen mit dem Banat) ist ihre Lage als Durchgangs- und Grenzgebiet wie auch als Einflussosphäre von Herrschaftsansprüchen benachbarter Großmächte. So waren die im 14. Jahrhundert entstandenen Fürstentümer Walachei und Moldau immer in Gefahr, ihre Eigenständigkeit zu verlieren. Das ließ sie Abwehrstrategien und -techniken entwickeln, wozu der militärische Kampf, diplomatische Mittel, die Anerkennung verschiedener Oberherrschaften oder

eine Schaukelpolitik unter Ausnutzung günstiger internationaler Umstände gehörten. Diese Lage hatte auch zur Folge, dass diese Länder in ihrer Geschichte eine Pufferzone bildeten oder eine Barrierefunktion übernahmen. Sie wurden zu Austragungsorten von Kriegen und ebenso zur Verhandlungsmasse bei Friedensschlüssen zwischen den Großmächten.

Im Unterschied zu den beiden Fürstentümern Walachei und Moldau gehörte Siebenbürgen seit dem ausgehenden 10. Jahrhundert zur ungarischen Krone und blieb mit Unterbrechungen ein Teil Ungarns oder des Habsburger Gesamtreiches bis 1918. Der Karpatenbogen bildete somit nicht nur eine politische, sondern auch eine kulturelle Grenze, die aber zahlreiche Verbindungen und gegenseitige Beeinflussungen zuließ. Siebenbürgen besaß bis 1867 zudem eine autonome Sonderstellung mit einer eigenen Landesorganisation, was ebenfalls durch die Grenzlage und die dadurch resultierenden Verteidigungsaufgaben bedingt war. In der Zeit als autonomes Fürstentum unter osmanischer Oberherrschaft von 1526 bis 1689 betrieb es eine ähnlich gelagerte Außenpolitik wie die beiden übrigen Fürstentümer mit teilweise denselben Mitteln.

Schon am Anfang der Geschichte der beiden Fürstentümer Walachei und Moldau im 14. Jahrhundert stand die erfolgreiche Ablösung von ungarischer Oberherrschaft. Den Fürsten Basarab I. in der Walachei und Bogdan in der Moldau gelang es, sich gegen die ungarischen Herrschaftsansprüche südlich und östlich der Karpaten durchzusetzen und eigene Fürstentümer zu etablieren. Die Konsolidierungsphase war jedoch nur sehr kurz, denn die nächste Gefahr für die Selbständigkeit stand schon vor der Tür in Gestalt der Osmanen, die Ende des 14. Jahrhunderts bereits die Balkanhalbinsel erobert hatten. Trotz einiger wichtiger militärischer Siege auf rumänischer Seite war die militärische Übermacht der Osmanen zu groß, so dass die Fürsten die osmanische Oberhoheit seit dem 15. Jahrhundert akzeptierten und Tributzahlungen sowie andere Hilfsdienste leisteten. Diese Abhängigkeit von der Pforte, wie die osmanische Herrschaft auch genannt wurde, bildete eine Konstante des außenpolitischen Status der Fürstentümer bis zur völligen Unabhängigkeit im Jahre 1877, doch im Gegensatz zu den mittelalterlichen Reichen der Serben, Bulgaren und auch von Byzanz wurden die rumänischen Fürstentümer keine türkischen Provinzen, sondern konnten ihre eigene staatliche Organisation behalten. Neben dieser Oberhoheit, die mehr oder weniger drückende Formen annehmen konnte, konkurrierten immer auch andere Machteinflüsse von Nachbarreichen wie Ungarn, Polen-Litauen, später Russland und Österreich in und um die Fürstentümer.

Während des 15. und 16. Jahrhunderts kam es immer wieder zu militärischen Konflikten zwischen den Fürstentümern und den Osmanen, wenn

starke Fürsten mit Hilfe anderer Bündnispartner versuchten, die osmanische Herrschaft abzuschütteln. Die bedeutendste Persönlichkeit war der Fürst der Moldau, Stefan der Große (1457–1504), der nach dem Fall von Konstantinopel (1453) den Kampf gegen die Osmanen weiterführte und vom Papst mit dem Titel „Athleta Christi“ geehrt wurde. Er kämpfte jedoch nicht nur gegen die Türken, sondern auch gegen Polen, Tataren und den Fürsten der Walachei, Vlad Țepeș (= der Pfähler, auch Fürst Dracula genannt), der es ebenfalls mit den Türken in der berühmten Pfälmanier aufnahm. Diese schillernde Gestalt wurde die berühmteste Figur des rumänischen Mittelalters mit all den bekannten literarischen und filmischen Bearbeitungen. Aus Siebenbürgen kam ein berühmter Heerführer wie Iancu von Hunedoara, der die Türken 1456 vor Belgrad besiegte und ihren Vormarsch für einige Zeit aufhalten konnte. Dennoch ging das Königreich Ungarn 1525 in der Schlacht von Mohacs unter. Ein schmaler Teil im Westen und Norden verblieb bei Habsburg, die Donautiefebene wurde zu türkischer Provinz, während Siebenbürgen den Status eines autonomen Fürstentums erhielt.

Ein letzter großer Sieg gegen die Türken gelang dem walachischen Fürsten Michael dem Tapferen im August 1595. Für kurze Zeit konnte er in den Jahren 1600/01 die Herrschaft über die Walachei, die Moldau und Siebenbürgen in seiner Hand vereinen, doch diese „Vereinigung“ zerfiel sofort nach seiner Ermordung. Michael wurde für die Führer der späteren Nationalbewegung zum Wegbereiter der Union und übte in diesem Sinne eine große Wirkungskraft im Kampf für die Vereinigung aller Rumänen in einem Staat aus, obwohl ihm selbst jeder nationale Beweggrund völlig fremd gewesen war.

Mit der allmählichen Zurückdrängung der Osmanen aus Mittel- und Osteuropa durch das Habsburger Reich und Russland gerieten die beiden Fürstentümer immer mehr zu deren Interessen- und Einflussgebieten. Die österreichischen und russischen Siege veranlassten wiederum die rumänischen Fürsten, mit Hilfe dieser Mächte sich von der Osmanischen Herrschaft zu befreien, allerdings ohne Erfolg. Im Gegenteil, aufgrund ihrer großen territorialen Verluste nach dem Frieden von Karlowitz 1688/89, als die ehemaligen ungarischen Gebiete mit Siebenbürgen wieder an Habsburg fielen und aufgrund der Unzuverlässigkeit der rumänischen Fürsten, installierte die osmanische Zentralmacht eine direkte Kontrolle über die Fürstentümer durch die Ernennung von reichen Griechen aus dem griechischen Stadtviertel in Konstantinopel, dem Phanar, zu rumänischen Fürsten. Während dieser sog. Phanariotenzeit, die von Beginn des 18. Jahrhunderts bis 1821 dauerte, gerieten die Fürstentümer immer mehr zum Schlachtfeld der zahlreichen Kriege zwischen Russland, Österreich und dem Osmanischen Reich und zum Kom-

pensionsobjekt bei Niederlagen der Pforte. So gelangte Österreich 1775 in den Besitz der Bukowina, 1812 wurde der östliche Teil der Moldau zwischen Pruth und Dnestr an Russland abgetreten, Oltenien, der westliche Teil der Walachei, stand von 1718–1739 unter österreichischer Verwaltung.

Der ganze Komplex der kriegerischen und diplomatischen Auseinandersetzungen zwischen den europäischen Großmächten, vor allem zwischen Österreich und Russland und dem sich im Niedergang befindlichen Osmanischen Reich, wird mit dem Begriff der „Orientalischen Frage“ bezeichnet. In diesem Kontext gerieten die beiden rumänischen Fürstentümer aufgrund ihrer strategisch wichtigen Lage immer in Gefahr, ähnlich wie Polen zwischen Russland und Österreich aufgeteilt zu werden.

Der russische Einfluss in den beiden rumänischen Fürstentümern wurde aufgrund siegreicher Kriege Russlands während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts dominierend und erst nach dem von Russland verlorenen Krimkrieg durch den Pariser Vertrag 1856 beendet. Dieser Vertrag bedeutete in vielerlei Hinsicht eine Zäsur. Zum einen machte er den Weg frei für die staatliche Einigung durch die Wahl eines einzigen Fürsten für beide Fürstentümer, Alexandru Ioan Cuza im Jahre 1859. Zum andern wurde der neue Staat Rumänien, wenn auch noch immer formal ein Bestandteil des Osmanischen Reiches, unter die Kollektivgarantie der europäischen Mächte gestellt. Damit wurde Rumänien aus der Vormundschaft des orientalischo-orthodoxen Kultur- und Politikraums, wie ihn die Türkei und Russland repräsentierten, entlassen und zum mittel- und westeuropäischen Vertragsraum hin orientiert, eine Entwicklung, die mit der inneren Modernisierung parallel ging. Die Kollektivgarantie erlaubte dem Land einen außenpolitischen Spielraum unter Ausnutzung von konkurrierenden Großmachtinteressen, den es seit Beginn der Phanariotenzeit nicht mehr besessen hatte. Rumänien wurde wieder zu einem handelnden Subjekt in der europäischen Politik, nachdem es Jahrhunderte nur als Objekt von Großmachtinteressen figuriert hatte. Den Abschluss und Höhepunkt dieser Entwicklung bildete die Erlangung der vollständigen Unabhängigkeit nach einem siegreichen Krieg an der Seite Russlands gegen die Türkei im Jahre 1877 unter dem Nachfolger Cuzas, den deutschen Prinzen Karl von Hohenzollern-Sigmaringen, der 1866 als Carol I. den rumänischen Thron bestiegen hatte.

Der rumänische Wunsch nach einer europäischen Garantiezusage für die Neutralität wie im Falle Belgien blieb indessen aufgrund seiner zentralen strategischen Lage zwischen Russland und Österreich-Ungarn unerfüllt, so dass das Problem der außenpolitischen Sicherung angesichts von Großmacht- rivalitäten mit der Unabhängigkeit nicht gelöst wurde. Zu einer bitteren Erfahrung wurde der Berliner Kongress von 1878, der Russland trotz der

rumänischen Militärhilfe im Krieg drei bessarabische Distrikte zusprach, im Gegenzug erhielt das Land aber die Donaumündung und die Dobrudscha. Als Reaktion darauf schloss sich Rumänien dem Dreibundsystem Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien an und betrachtete sich von nun an als Barriere gegen Russland und den Panlawismus. Es weigerte sich 1914 aber, in den Krieg an der Seite der Mittelmächte einzutreten, vor allem wegen der Siebenbürgenfrage. Der Kriegseintritt 1916 auf Seiten der Ententemächte brachte zwei Jahre später den gewünschten Erfolg, als nach der Niederlage der Mittelmächte der Weg frei wurde für die Vereinigung des Königreichs mit Siebenbürgen, der Bukowina, Bessarabien und der Süddobrudscha, die durch die Pariser Vorortverträge (Trianon, Neuilly) 1919/1920 international anerkannt wurde.

Rumänien erreichte damit seine größte Ausdehnung, die es jemals in der Geschichte hatte. Dieses brachte nicht nur ungeheure innenpolitische Probleme mit sich, sondern auch außenpolitisch war dieser Besitzstand immer gefährdet. So bestand die wichtigste Aufgabe darin, diesen gegen die Revisionsmächte Ungarn und Bulgarien, aber auch gegen die Sowjetunion zu sichern. Das versuchte Rumänien durch die Gründung eines Allianz- und Bündnissystems mit Nachbarstaaten wie der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Griechenland, der Türkei und mit Frankreich als Schutzmacht des Vertragssystems der „Kleinen Entente“. Rumänien bildete nun einen wichtigen Teil des „cordon sanitaire“, der von Frankreich gegen die Sowjetunion mit Hilfe der osteuropäischen Staaten errichtet wurde.

Doch dieses Bündnissystem zerbrach an dem Expansionsstreben Hitler-Deutschlands, der Schwäche der Westmächte und der Aufteilung von Osteuropa zwischen den Diktatoren Hitler und Stalin im August 1939. Wieder musste man die Erfahrung machen, dass bei der Einigung von Großmächten das Land zum Kompensationsobjekt geriet: Viele Erwerbungen von 1919 gingen 1940 verloren: die Nordbukowina und Bessarabien mussten an die Sowjetunion abgetreten werden, Nordsiebenbürgen an Ungarn, die Süddobrudscha an Bulgarien. Der Kriegseintritt an der Seite Deutschlands gegen die Sowjetunion brachte vorübergehend die an die Sowjetunion abgetretenen Gebiete wieder unter rumänische Kontrolle, doch die sich abzeichnende Niederlage Deutschlands ließ Rumänien am 23. August 1944 die Fronten wechseln. Damit sicherte man sich wieder ganz Siebenbürgen, verlor aber endgültig Bessarabien und die Nordbukowina an die Sowjetunion. Wieder war es ein Pariser Frieden, von 1947, der die Grenzen Rumäniens neu festlegte, die bis jetzt Bestand haben.

Einbezogen in den sowjetischen Machtbereich verlor Rumänien seinen außenpolitischen Spielraum, den es bis kurz vor dem 2. Weltkrieg gehabt

hatte, und damit auch seine Barrierefunktion gegen Russland und die Sowjetunion. Auch wenn es dem späteren Partei- und Staatsführer Ceaușescu gelang, sich außenpolitisch zu profilieren mit einem eigenen unabhängigen Kurs, der sich zeitweise dem Westen öffnete und für Blockfreiheit eintrat, so stellte er das Warschauer Paktsystem nie ernsthaft in Frage. Schließlich war es die Sowjetmacht, die letzten Endes das Überleben seines eigenen diktatorischen Systems garantierte.

Mit dem Zusammenbruch des sowjetischen Machtsystems und dem darauffolgenden Sturz von Ceaușescu (Dezember 1989) erlangte Rumänien neben der innenpolitischen auch die außenpolitische Freiheit zurück. Zum ersten Mal in seiner Geschichte gibt es für das Land weder eine außenpolitische Bedrohung, noch eine Dominierung durch eine Großmacht. Ähnlich wie 1856 vollzieht sich wieder eine Umorientierung nach Westen, der durch EU und Nato ein Sicherheitssystem innerhalb eines geeinten Europas anbietet, in dem die Gefahr einer außenpolitischen Destabilisierung aufgrund der strategischen Lage Rumäniens oder Ansprüche anderer Länder keine Rolle mehr spielt. Mit den Grundlagenverträgen mit Ungarn und der Ukraine sind auch von Rumänien wichtige Voraussetzungen für diesen Integrationsprozess geschaffen wurden, während das Verhältnis zur ehemaligen Sowjetrepublik, dem jetzt unabhängigen Staat Moldova, wo eine rumänischsprachige Mehrheit lebt, noch nicht ganz geklärt ist und wo vor allem die Beziehungen zu Russland noch eine wichtige Rolle spielen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass seit Entstehung der Fürstentümer diese immer unter der Bedrohung eines Verlustes der Autonomie standen und mit fremden Druck leben mussten. Je nach Lage und Stärke versuchte man, sich diesem militärisch oder diplomatisch zu widersetzen, sich anzupassen, oftmals mußte man sich ihm auch beugen. Daraus resultierte generell ein Misstrauen gegenüber fremden Mächten – so witterte man überall Verrat (Stichworte: Jalta und Malta) – und fühlte sich als Opfer von Großmachtinteressen, obwohl man sich ihrer auch bediente. Diese politischen Verhaltensmuster, die mit einer Kunst des Lavierens einhergingen, hatten zweifellos einen großen Anteil daran, dass sich die Fürstentümer ihre Selbständigkeit erhalten konnten, verlieren jetzt aber angesichts des Wegfalls der äußeren Bedrohung ihre Relevanz. Außerdem wurde seit der Unabhängigkeit die äußere Bedrohung immer auch als Diversionmittel, also als Ablenkungsmanöver von inneren Schwierigkeiten bzw. als Instrument der Herrschaftssicherung eingesetzt, zuletzt noch von Ceaușescu, und auch der von 1990–1996 und jetzt wieder regierende Präsident Ion Iliescu war und ist nicht frei davon. Doch nicht Zweideutigkeiten und das Offenhalten möglicher Optionen liegen jetzt im außenpolitischen Interesse des Landes, son-

dern die eindeutige Orientierung an den Normen und den Rahmenbedingungen der EU, die Einbindung in die europäische Integration sowie Mitarbeit an der Stabilität in der Balkanregion.

3. Staatliche Organisation und innere Entwicklung

Die staatliche und soziale Organisation der beiden Fürstentümer Walachei und Moldau blieb seit ihrer Entstehung im 14. Jahrhundert in ihren äußeren Formen relativ konstant, unterlag aber in ihrer strukturellen Machtverteilung und inhaltlichen Ausformung vielen Änderungen.

An der Spitze stand der Fürst, zunächst Woiwode (Heerführer) oder Hospodar, später „domn“ (= dominus), genannt, der von einer Versammlung gewählt wurde, die sich aus Mitgliedern der Oberschicht, den sogenannten Bojaren, zusammensetzte. Es handelte sich um Wahlfürstentümer, in denen sich die Erbfolge einer Dynastie trotz einiger Versuche nie durchsetzen konnte. Als die Türken die Oberherrschaft über die Fürstentümer gewannen, mussten die Fürsten von ihnen bestätigt werden. Die Bojaren entstammten ursprünglich einer dörflichen Führungsschicht mit juristischen und militärischen Aufgaben und übernahmen Hof- und Staatsämter, die dann im 17. Jahrhundert neben dem Grundbesitz zum wichtigsten Kennzeichen für das Bojarentum wurden. Als Modell der staatlichen und kirchlichen Organisation übernahm man mit Beginn der Staatsgründung die byzantinischen Formen. Der Fürst besaß demnach absolute Verfügungsgewalt über Land und Leute und vereinigte in seiner Hand staatliche wie kirchliche Macht.

Die Christianisierung hatte im Zuge der Verbreitung der christlichen Lehre im gesamten römischen Reich schon früh – allgemein geht man vom 4. Jahrhundert aus – auch die Dakoromanen erfasst, ausgehend von den an und südlich der Donau, an der Schwarzmeerküste und der Dobrukscha bestehenden Bistümer. Viele der religiösen Grundbegriffe des Rumänischen sind lateinischen Ursprungs wie: Dumnezeu (Gott), rugăciune (Gebet), păcat (Sünde) etc. Die Christianisierung war ein langer Prozess, der dann durch den im 9. Jahrhundert erfolgten Übertritt der Bulgaren zum Christentum und deren Vermittlung der kirchenslawischen Liturgie sowie durch das Erstarken des byzantinischen Reiches im 10. Jahrhundert eine Intensivierung und die Übernahme der slawisch-byzantinischen Formen und Spiritualität brachte. Das Kirchenslawische wurde zur Kanzlei- und Kirchensprache ähnlich dem Latein im Westen. Noch bis 1860 wurde das Rumänische mit

kyrillischen Buchstaben geschrieben. Die missionarischen Bemühungen der römisch-katholischen Kirche mit ihren wenigen katholischen Bistümern auf dem Gebiet der beiden Fürstentümer hatten auf lange Sicht keinen Erfolg bei den Rumänen, die bei der Ostkirche und dem Konstantinopeler Patriarchat verblieben. Parallel zu der beginnenden Herausbildung der beiden rumänischen Fürstentümer und zur Konsolidierung der Fürstenherrschaft kam es auch zu einer kirchlichen Organisation durch die Gründung der walachischen Metropole 1359 und der moldauischen 1401, während im ungarischen Siebenbürgen der Katholizismus vorherrschte, die dortigen Rumänen aber orthodox blieben.

Die soziale und wirtschaftliche Grundlage bildeten die Dorfgemeinschaften und Bauern mit kollektivem Besitz- und Verfügungsrechten, die mit der Zeit aber immer mehr in Abhängigkeit von Bojaren und Klöstern gerieten und den finanziellen Hauptteil der vielen Abgaben aufbringen mussten. Bis ins 19. Jahrhundert hinein waren jedoch nicht der Ackerbau, sondern Vieh- und Weidewirtschaft vorherrschend, was sich erst mit der Industrialisierung in Westeuropa und mit dem daraus resultierenden Bedarf an Getreide grundlegend änderte.

Die osmanische Herrschaft, die sich unter Beibehaltung der rumänischen Institutionen im 16. Jahrhundert immer mehr festigte, hatte weitreichende Folgen für die Fürstentümer. Sie entzog den Fürsten allmählich ihre finanzielle Basis durch die Unterbrechung der alten Handelsrouten nach Westeuropa, der Steigerung der Tributlasten und der Errichtung eines Außenhandelsmonopols zur Versorgung der Hauptstadt Istanbul. Parallel mit der Schwächung der Fürsten vollzog sich die wirtschaftliche und politische Stärkung der Bojaren, die ihre Besitz- und Steuerrechte über die Bauern weiter ausbauen und sie in ihre Abhängigkeit bringen konnte. Diese sanken oft in Leibeigenschaft oder versuchten, sich durch Flucht dem Abgabendruck zu entziehen. Vom 15. bis zum 18. Jahrhundert durchziehen die Kämpfe um die politische Vorherrschaft zwischen dem Fürsten und den Bojaren die Geschichte beider Fürstentümer. Die Bojaren waren ihrerseits in verschiedene Familienclans und -gruppen unterteilt, die sich sowohl untereinander heftig befehdeten wie auch gegen missliebige Fürsten kämpften und dabei immer wieder die Türken zur Hilfe riefen. Die Türken, aber auch Polen, Habsburger und selbst der jeweilige rumänische Nachbarfürst bedienten sich der Bojaren, um Einfluss auf die Thronbesetzung zu nehmen. Verrat, Mord und Intrigen und Intervention von außen gehörten zum politischen Alltag.

Der Fürstenthron wurde so zum Spielball konkurrierender innenpolitischer Gruppen und außenpolitischer Mächte. Ende des 17. Jahrhunderts versuchten einige bedeutende Fürsten wie Cantacuzino und Brâncoveanu in der

Walachei und Cantemir in der Moldau mit Hilfe von Österreich und Russland die Gründung einer Dynastie zu erreichen, was ein Ende der permanenten Throninstabilität bedeutet hätte. Die Türkei war aber trotz ihrer Niederlagen noch immer mächtig genug, diese Entwicklung zu verhindern. Sie intervenierte jetzt direkt und ernannte von nun an reiche Griechen aus dem Phanar, genannt Phanarioten, zu Fürsten, die zu Agenten der osmanischen Macht wurden und die finanziellen Bedürfnisse des Osmanischen Reiches als Ersatz für die an Habsburg verlorengegangenen Gebiete zu befriedigen hatten. Der Thron wurde zu einem Versteigerungsobjekt an den Meistbietenden mit der Folge, dass die Kosten durch die finanzielle Ausbeutung der Fürstentümer wieder hereingebracht werden mussten. Trotz einiger Reformen von aufgeklärten Phanarioten und einer Renaissance der byzantinischen Kultur an den Höfen von Bukarest und Iași markierte die Phanariotenherrschaft einen Tiefpunkt der politischen Entwicklung. Es wurde zu einer Periode der finanziellen Ausbeutung der Bauern, der politischen und fiskalischen Korruption, des Ämterkaufs, der schnellen Bereicherung, die generell als verhängnisvoll für die rumänische Geschichte bewertet wird. Hinzu kam ein sich zuspitzender rumänischer-griechischer Gegensatz, da viele rumänische Bojaren zwar ihre wirtschaftliche und soziale Vorrangstellung behielten, die politische aber an Griechen abtreten mussten, die im Gefolge der Phanarioten in die Fürstentümer kamen und wichtige Ämter besetzten. Ein berühmtes Gedicht des rumänischen Großbojaren Ienache Văcărescu, der in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts lebte, lautet auch:

„Urmașilor mei Văcărești,
Las voua moștenire
Creșterea limbii românești
Și a patriei cinstire.“

„Meinen Nachkommen der Văcărescus
Euch lasse ich als Vermächtnis
Das Wachsen der rumänischen Sprache
Und die Ehre des Vaterlands.“

Die Phanariotenherrschaft fand mit dem Aufstand gegen die Osmanen in Griechenland von 1821, an dem auch die griechischen Phanarioten maßgeblich beteiligt waren, ein Ende. Das Jahr 1821 läutete die Epoche des allmählichen Rückzugs des osmanischen Herrschaft aus den Fürstentümern ein: zuerst wurden wieder einheimische Bojaren zu Fürsten ernannt, dann folgte 1829 im Frieden von Adrianopel die Aufhebung des türkischen Außenhandelsmonopols, was die rumänischen Märkte für den Weltmarkt öffnete. Die Stelle der Türken nahmen nun die Russen ein, die zum ersten Mal in der rumänischen Geschichte mit einer Verfassung, den sog. Organischen Reglements, die Grundlagen für die Gewaltenteilung, eine staatliche Administration und Gerichtswesen legten, aber auch maßgeblichen Einfluss auf die

rumänische Politik gewannen. Nutznießer dieser Regelungen waren in erster Linie die Großbojaren. Gegen diese und gegen Russland regte sich der Widerstand der Führer der rumänischen Nationalbewegung, die unter dem Einfluss der Ideen des Nationalismus und Liberalismus die Vereinigung der beiden Fürstentümer, eine konstitutionelle Regierung und eine liberale Wirtschaftsordnung anstrebten. Sie entstammten meistens dem mittleren und kleineren Bojarentum und hatten alle im Ausland, vor allem in Paris studiert. 1848 brachten sie die Revolution mit den Forderungen nach Freiheit, Einheit und Gleichheit in die Walachei. Sie wurde zwar von russischen und türkischen Truppen niedergeschlagen, prägte sich aber tief in das historische Gedächtnis ein und trug maßgeblich zu der Entwicklung und Verbreitung eines Nationalbewusstseins bei. Die Generation der Revolutionäre, die zu den Gründervätern des rumänischen Staates wurden, wird denn auch bis heute mit dem Begriff der *Pasoptiști*, d. h. der „48er“, gekennzeichnet.

Doch erst die Niederlage der Russen 1856 im Krimkrieg schuf die Voraussetzungen für die Errichtung eines einheitlichen rumänischen Staats und die wirtschaftliche Modernisierung. 1858 gaben die Garantiemächte Frankreich, England, Preußen, Russland und Italien den Rumänen eine neue Verfassung nach den in Europa geltenden Normen mit Fürst, Parlament, Gerichtswesen. Die politische Einigung gelang gegen den Willen der Großmächte durch die Wahl eines Fürsten für beide Fürstentümer im Januar 1859, Alexander Ioan Cuza. Er führte ein umfangreiches Modernisierungsprogramm nach französischem Vorbild durch, das alle Bereiche des staatlichen Lebens betraf. Die Verwaltung wurde zentralisiert mit Bukarest als Hauptstadt, zahlreiche neue Institutionen und Rechtsvorschriften geschaffen. Seine wichtigste Reform betraf die Aufhebung der Leibeigenschaft, die die Bauern in die persönliche Freiheit entließ, sie aber in der Konsequenz dennoch in der sozialen und wirtschaftlichen Abhängigkeit der Bojaren beließ, da sie über zu wenig Land verfügten und gezwungen waren, Land zu erdrückenden Bedingungen dazuzupachten, um überleben zu können. Die Bauernfrage, die wegen der Umstellung der Wirtschaft auf die Bedürfnisse des Weltmarkts in Gestalt massiven Anbaus von Getreide erwuchs, bildete von nun an bis ins 20. Jahrhundert hinein das drängendste soziale Problem, das sich in einem blutigen Bauernaufstand 1907 entlud. Erst die Kommunisten lösten es auf radikale Weise und gegen den Widerstand der Bauern durch die Enteignung und Kollektivierung, die 1962 abgeschlossen wurde.

Cuza konnte aber keine politische Stabilität bringen, da er einen Großteil der Oberschicht durch seine Reformen und seinen Lebensstil von sich entfremdete. Auch die Vereinigung der beiden Fürstentümer verlief nicht ohne Probleme, was die rumänische Geschichtsschreibung gewöhnlich ver-

schweigt. Die Integrationsschwierigkeiten der Einheit wurden hauptsächlich mit der Diskriminierung der Juden kompensiert, was sich im negativen Sinn konstitutiv für das rumänische Nationalbewusstsein auswirken sollte. 1866 musste Cuza abdanken, er gilt aber bis heute als Begründer der rumänischen Einheit und als Bauernbefreier. Ein ausländischer Fürst, der deutsche Prinz Karl von Hohenzollern-Sigmaringen bestieg als Carol I. den rumänischen Thron. Eine liberale Verfassung nach belgischem Vorbild legte die Grundlagen für eine konstitutionelle Erbmonarchie und für die Entfaltung einer regen politischen Öffentlichkeit in den Städten. Mit Carol I. endete die Instabilität des Throns, die die rumänische Geschichte seit ihren Anfängen begleitet und immer wieder zu ausländischen Interventionen geführt hatte. Nach einigen Anfangsschwierigkeiten gelang es ihm, durch geregelte Regierungswechsel zwischen den sich allmählich herausbildenden Parteiformationen der Liberalen und Konservativen für eine Machtbalance im Innern zu sorgen und ausländische Einmischungen zu beenden. Mit der Erlangung der Unabhängigkeit 1877, dem Sieg an der Seite Russlands im türkisch-russischen Krieg 1877 und der Ausrufung des Königreichs 1881 erlangte Rumänien eine geachtete Stellung in Europa, die es außenpolitisch durch den Beitritt zum Dreibundsystem absicherte, der aber wegen der Benachteiligung der Rumänen in Siebenbürgen geheim blieb. Rumänien erlebte nun eine bis dahin kaum gekannte Ruheperiode, die für den wirtschaftlichen Ausbau genutzt wurde und zu einer kulturell-literarischen Blütezeit führte. Gegen Ende der Herrschaft Carols I. (1866–1914) zeigten sich aber immer stärker die Defizite einer nur teilweise erfolgreichen Modernisierung, vor allem im Agrar- und Bildungssektor. Beim Tod Carols I. im September 1914 stand der rumänische Staat zwar institutionell gefestigt da, aber mit einem großen Nachholbedarf an Reformen, um die tiefe Kluft zwischen einer reichen, zahlenmäßig geringen Oberschicht und der großen Masse der Bevölkerung zu überwinden.

Die Entwicklung Siebenbürgens verlief in anderen Bahnen und brachte andere historische Konstanten hervor. Hier hatte sich seit dem 13./14. Jahrhundert eine Ständegesellschaft ausgebildet, die auf der gleichberechtigten Anerkennung und politischen Partizipation der drei „Nationen“ beruhte. Es handelte sich um die ungarische Adelsnation mit dem Woiwoden an der Spitze, den Szeklern, einem ungarischen Stamm, der zur Grenzsicherung bestimmt war, und den Deutschen, den Siebenbürgen Sachsen, die seit dem 12. Jahrhundert zur Besiedlung und Verteidigung ins Land gerufen waren und bestimmte Privilegien der Selbstverwaltung erlangt hatten (Andreanum, 1224). Die „natio“ bedeutet im mittelalterlichen Sinn einen Personenver-

band mit bestimmten Rechten und mit einem Rechtscharakter, keine ethnische Gruppe mit einem nationalen Zugehörigkeitsgefühl. Auch wenn es durchaus eine ethnische Basis gab, stellte sie nicht das entscheidende Merkmal dar. Diese drei Stände schlossen sich 1438 zu einer „Union“ (fraterna unio trium nationem) zusammen, die nach Krisenzeiten, wie Bauernaufständen, immer wieder bestätigt wurde. Ausgeschlossen waren die orthodoxen Rumänen, obwohl es auch bei ihnen Ansätze zur Nationsbildung gegeben hatte. Ihre Oberschicht ging größtenteils in den ungarischen Adel auf, die übrigen sanken zu fronabhängigen Bauern ohne politische Rechte hinab. Ein wichtiger Grund für diese Entwicklung scheint in der Orthodoxie zu liegen, ebenso in der Siedlungsstreuung und in der Assimilierung ihrer Führungsschicht.

Damit war eine Grundkonstellation geschaffen, die sich als sehr erfolgreich erwies und verschiedene Herrschaftsformen bis ins 19. Jahrhundert überdauerte. Nach dem Untergang des ungarischen Königreichs 1526 wurde Siebenbürgen bis zur Rückeroberung durch die Habsburger 1688 ein autonomes Fürstentum (1570 Fürstentitel) unter osmanischer Oberherrschaft und konnte in dieser Zeit eine relativ unabhängige Außenpolitik unter Gabriel Bethlen und Georg I. Rakoczi verfolgen, so dass Siebenbürgen zum „freiheitlichen Zufluchtsort“ der ungarischen Nation geriet. Ein wichtiges Ereignis stellte im 16. Jahrhundert die Annahme der Reformation dar. In dieser Hinsicht kam es zu einer Wiederholung der Anerkennung einer diesmal religiösen Gleichberechtigung von Luthertum, Calvinismus, Unitarismus und Katholizismus, die 1571 auch offiziell von Stephan Bathory als die vier „rezipierten“ Religionen anerkannt wurden, während die Orthodoxie lediglich als „toleriert“ galt. Das Glaubensbekenntnis, dem auch eine ethnische Zuordnung zugrundelag, wurde damit allmählich zu einem Unterscheidungskriterium für ethnische Zugehörigkeit und zu einem Faktor der entstehenden Nationalbewegungen.

Nach der Rückeroberung durch Habsburg wurde Siebenbürgen in das Habsburger Reich eingegliedert, behielt seine Ständestruktur aber bei (1765 Großfürstentum), die sich auch gegen die aufklärerischen Reformen Josephs II. behauptete. Der Versuch von Habsburg, mit der griechisch-katholischen Kirchenunion die Rumänen zu stärken und ein Gegengewicht zu den reformierten Ungarn zu schaffen, hatte in dieser Hinsicht wenig Erfolg, trug aber entscheidend zu der Herausbildung eines rumänischen Nationalbewusstseins bei. Von nun an stand die Forderung nach politischer und rechtlichen Gleichstellung der Rumänen auf der Tagesordnung und entwickelte sich zu einer Dauerbelastung zwischen Rumänen und Ungarn, deren Verhältnis noch durch die teilweise grausamen Kämpfe der gescheiterten 1848er Revolution

zusätzlich verschlechtert wurde. Die Niederlage der Ungarn in der Revolution schien den Weg zur politischen Gleichberechtigung der Rumänen frei zu machen, als im Landtag von Hermannstadt 1863 die Rumänen als gleichberechtigt anerkannt wurden, ebenso die griechisch-katholische Kirche, die orthodoxe Kirche und die rumänische Sprache. Der österreichisch-ungarische Ausgleich von 1867 und die daraus resultierende staatliche Organisation der Doppelmonarchie machten diese Ansätze zunichte, da Siebenbürgen im ungarischen Teilstaat aufging und seine Autonomie endgültig verlor.

Unter ungarischer Herrschaft entwickelte sich die Nationalitätenfrage zu einem zentralen Problem, da es zwar individuelle Freiheitsrechte gab, aber keine Kollektivrechte für nationale Minderheiten. Der Streit entzündete sich an Sprach- und Unterrichtsgesetzen, die für eine sich verstärkende Magyarisierungspolitik standen. Der Widerstand der Rumänen, die in Siebenbürgen die Bevölkerungsmehrheit stellten, nahm zuerst durch die Verweigerung der politischen Mitarbeit am parlamentarischen Leben passive Formen an, die erst 1905 aufgegeben wurde. Die Siebenbürger Sachsen konnten dem Druck mit Hilfe ihrer Wirtschaftskraft, ihres gut ausgebauten Schulwesens und eines geschichtlichen Pragmatismus in politischen Fragen besser ausweichen, sie wurden zudem nicht wie die Rumänen als Bedrohung empfunden. Doch auch bei ihnen wuchs ein Nationalgefühl – seit 1872 gab es die Sachsentage – und eine Identifizierung mit Deutschland, ohne dass dies aber wie im Falle der Rumänen zu einer Irredenta-Bewegung führte. Der letzte Versuch, die Nationalitätenfrage durch eine föderative Umgestaltung der Doppelmonarchie und der Anerkennung von Selbstbestimmung der Ethnien zu lösen – durch Kaiser Karl I. im Oktober 1918 – kam zu spät und musste angesichts der Niederlage der Mittelmächte scheitern. Am 1. Dezember 1918 sprach sich eine große rumänische Nationalversammlung in Karlsburg/Weißenburg (Alba Iulia) unter Zusicherung von weitgehenden Minderheitenrechte für die mitwohnenden Völker für den Anschluss an Rumänien aus. Auf dieser Grundlage stimmten auch die Sachsen am 8. Januar 1919 für den Anschluss an Rumänien. Siebenbürgen wurde Teil Rumäniens.

4. Die Krisen des 20. Jahrhunderts

Zusätzlich zu den tiefgehenden politischen und wirtschaftlichen Krisen der Zwischenkriegszeit, die Rumänien wie die übrigen Ländern Europas erschütterten, stellte sich für das Land die enorme Aufgabe, die neuen Gebiete Siebenbürgen, Bukowina, Bessarabien und die Süddobrukscha mit ihren

höchst unterschiedlichen Wirtschafts- und Sozialstrukturen und den darin wohnenden Minderheiten in den neuen Staat zu integrieren. Gebiet und Bevölkerung hatten sich mehr als verdoppelt, von 6 Millionen 1899 auf 18 Millionen. Rumänien war auch kein Nationalstaat mehr, sondern ein Nationalitätenstaat mit einem Drittel Minderheiten (1,4 Mio. Ungarn, 745 000 Deutsche, 728 000 Juden, 582 000 Ukrainer, 409 000 Russen, 360 000 Bulgaren, 145 000 Türken).

Das alte Königreich brachte die eigenen Strukturdefizite mit, die neuen Provinzen die Frage nach dem Umgang mit den Nationalitäten, wobei sich dieses Problem vor allem auf das Verhältnis zu den Ungarn zuspitzte. Die Antwort auf diese doppelte Herausforderung bestand in der Übertragung des Zentralismus des alten Königreichs auf die neuen Provinzen, der Verweigerung von Minderheitenrechten aus Furcht vor einem Verlust des Nationalstaats und einer forcierten Rumänisierung von Wirtschaft und Politik, die die Liberalen unter Ionel Brătianu in den 20er Jahren, übrigens nicht nur auf Kosten der Minderheiten, sondern auch der Bauern betrieb, und die aber auch später Leitlinien der Politik blieben. Ebenso änderten sich die negativen Seiten der Bukarester Politikultur wie das Klientelwesen, Korruption, Wahlmanipulationen, Vetternwirtschaft etc. kaum und stießen auf Ressentiments in Siebenbürgen, wo man sich – übrigens auch seitens der dortigen Rumänen – dem Altreich überlegen fühlte. Ebenso wurde die Agrarfrage trotz einer weitgehenden Landreform immer noch nicht vollständig gelöst und benachteiligte zudem vor allem die Minderheiten mit ihrem Grundbesitz. Die Entfremdung der Minderheiten zeitigte als langfristige Folgen die Anlehnung der Deutschen an Nazi-Deutschland und die Ablehnung des rumänischen Staates durch die Ungarn.

Hinzu kamen eine wachsende politische Destabilisierung durch die Parteienfragmentierung, den Niedergang des Parlamentarismus, den willkürlichen Politikstil von König Carol II. (1930–1940) und den Aufstieg der faschistischen Bewegung der „Eisernen Garde“. Verstärkt durch die Wirtschaftskrise nach 1929 und die außenpolitische Unsicherheiten im Gefolge der Expansionspolitik Hitlers, führte die politische Krise 1938 zu der sog. Königsdiktatur Carols II., einer autoritären Regimephase, wo die politische Macht in den Händen des Königs konzentriert wurde. Nun gewannen die außenpolitischen Ereignisse immer stärker an Gewicht und bestimmten die Innenpolitik, da Rumänien unmittelbar durch Hitlers Entscheidungen betroffen wurde. Carol II. musste 1940 nach dem Verlust von Nordsiebenbürgen, das Hitler Ungarn zusprach, abdanken. Das Land geriet in die Interessensphäre Deutschlands und wurde ähnlich wie in der Türkenzeit als Rohstoffbasis, diesmal für die deutsche Kriegswirtschaft, benutzt.

Allerdings bleibt auch festzuhalten, dass es trotz des autoritären Königreiches und des ihm nachfolgenden Militärregimes des „Staatsführers“ Ion Antonescu zu keiner rumänischen Diktatur vergleichbar der deutschen kam. Die Versuche der faschistischen Eisernen Garde, die Macht zu erobern, scheiterten endgültig im Januar 1941. Bisherige Parteistrukturen blieben trotz des Verbots erhalten, und die gewöhnlich als negativ bewerteten Seiten der rumänischen Politiksitte eines „laissez faire“ mit dem Geflecht von persönlichen Beziehungen und Beeinflussungen wirkten sich in dieser Beziehung hemmend für ein totalitäres Regime aus. Gleichzeitig muss aber betont werden, dass die Juden einer zunehmenden rechtlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Diskriminierung ausgesetzt wurden und es immer wieder zu Progromen und Gräueltaten kam, vor allem bei der Wiederbesetzung der Bukowina und von Bessarabien durch die rumänische Armee nach Ausbruch des Krieges gegen die Sowjetunion 1941.

Wenn heute oft in nostalgischer Manier die Zwischenkriegszeit als Vorbild für das politische Leben beschworen wird, so ist vor einer Nachahmung nur zu warnen. Keines der großen Probleme wurde gelöst, allerdings gab es dafür auch keine Zeit und gegen Ende auch keinen außenpolitischen Spielraum mehr. Staat und Gesellschaft waren mit der Lösung von gleichzeitig auftretenden Problemen überfordert. Man übernahm die alten Muster des Zentralismus, fiel in einen übersteigerten Nationalismus, der sich aus einem Gemisch von Minderwertigkeitskomplex und Überlegenheitsgefühl speiste, und scheiterte. Das alte Rumänien mit seinen vielen ungelösten Problemen, aber auch mit seiner regen politischen und kulturellen Öffentlichkeit in den Städten, ging in der Katastrophe des 2. Weltkrieges und der danach von den Sowjets installierten kommunistischen Herrschaft unter.

Die kommunistische Zeit teilt der rumänische Philosoph und politische Analytiker Patapievici in zwei Perioden ein:

1. 1948 bis 1964, in der die humanen, sozialen, politischen und institutionellen Strukturen des klassischen Rumäniens zerstört wurden,
2. der Zeit nach 1964, in der ein sozialer Kontrakt zwischen dem Regime und der Gesellschaft etabliert wurde, der aus den psychologischen Bedingungen des Terrors hervorging.³

Patapievici weist damit auf Komponenten von Herrschaftsausübung und -techniken hin, die in der rumänischen Geschichte in dieser Extremhaftig-

3 H.-R. Patapievici, *Politice*, Bucureşti 1996, S. 103.

keit singular sind. Die Diktatur Ceaușescu, der seine Macht in Partei und Staat seit 1964 systematisch ausbaute, basierte in der Tat auf der Eliminierung der politischen Elite, sei es physisch oder durch das Exil, die in dieser ersten Phase unter dem Parteiführer Gheorghe Gheorghiu-Dej fast vollständig gelang. Diese in der rumänischen Geschichte eigentlich untypische systematische Grausamkeit – Vlad Țepeș kann hier nicht als Maßstab dienen, er wurde aber bezeichnenderweise unter Ceaușescu zu einem nationalen Freiheitshelden hochstilisiert – lag in der Situation begründet, dass eine marginale Partei wie die Kommunisten ihre Machtstellung, die sie ausschließlich einem immer gefürchteten und verhassten Feind – der Sowjetunion nämlich – verdankte, gegen den inneren passiven, bisweilen auch offenen Widerstand der ganzen Bevölkerung mit Gewalt und Terror durchsetzen musste, wobei Hunderttausende umkamen oder deportiert wurden. Diese Vernichtung jeglicher Opposition schuf die Voraussetzungen für Ceaușescu, dessen diktatorische Position mit nationalistisch-sakraler Überhöhung in der rumänischen Geschichte einmalig ist. Historisch gesehen, hatte es zu einer Zentralmacht, so absolutistisch sie sich auch äußern mochte, immer politische Gegenkräfte gegeben. Mit der Zerschlagung aller oppositionellen Organisationen konnte sich der Widerstand nur dichterisch und künstlerisch unter versteckten Formen äußern oder in eruptiven Demonstrationen gegen immer unzumutbarer werdenden wirtschaftlichen Bedingungen (Bergarbeiterproteste im Jiu-Tal 1977, Fabrikarbeiterdemonstrationen in Kronstadt 1987), die sofort unterdrückt wurden. Einen organisierten Widerstand gab es nicht bzw. konnte nur aus dem inneren Kreis der Macht kommen, wenn der äußere Druck wegfiel, wie es 1989 geschah.

Der „soziale Kontrakt“ zwischen der kommunistischen Macht und einer deformierten und uniformierten Bevölkerung wurde mit Hilfe einer übersteigerten nationalistischen Ideologie legitimiert, die sich bekannter Muster bediente, nämlich der Einmaligkeit des Rumänentums und einem sich von der Sowjetunion abgrenzenden außenpolitischen Kurs. Die Intensität dieser Propagierung stand im umgekehrten Verhältnis zu den sich rapide verschlechternden Lebensbedingungen, mitbedingt durch die Rückzahlung der elf Milliarden Dollar Auslandsschulden in den 80er Jahren, die ebenfalls mit der Unabhängigkeit gerechtfertigt wurden. Die eigene nationale Größe wurde zur Herrschaftssicherung und -legitimierung konstruiert, sie stieß aber auch, trotz aller Ablehnung von Ceaușescu, auf Zustimmung. Die rumänische Identität verblieb inmitten einer allgemein deprimierenden Lebenslage als einziges Kompensationsmittel. Diese Politik musste zwangsläufig zu Konfrontationen mit den Minderheiten, vor allem den Ungarn, führen und die alten Konfliktmuster wieder aufbrechen lassen.

Der Kommunismus hat eine Verwüstung auf allen Gebieten, mit einigen Ausnahmen im kulturellen Bereich, hinterlassen. Wie im 19. Jahrhundert und zu Beginn des 20. Jahrhunderts steht Rumänien am Beginn einer Neukonstruktion seiner politischen und sozialen Strukturen, was angesichts der katastrophalen wirtschaftlichen und moralischen Hinterlassenschaft der Ceaușescu-Diktatur unter besonders schwierigen Ausgangsbedingungen geschehen muss. Wieder müssen mehrere Krisen gleichzeitig gelöst werden, womit die bisherigen Regierungen überfordert gewesen sind. Es wurden zwar demokratische Institutionen errichtet, doch gibt es noch kaum stabile politische Strukturen und klare Reformkonzepte. Bis jetzt hat nur eine relativ kleine Gruppe, die über das entsprechende Wissen und die finanziellen Möglichkeiten des alten Partei- und Sicherheitsapparats verfügt und aus diesem kommt, von dem Umbruch profitiert und für ihre Klientel gesorgt. Die wirtschaftliche, politische und militärische Ausrichtung nach Westeuropa ist zwar allgemeines Programm, die Umsetzung erfolgt allerdings sehr widersprüchlich und zögerlich. Dasselbe gilt auch für die Aufarbeitung der Vergangenheit und eine Entmythologisierung der eigenen nationalistischen Geschichtsschreibung insgesamt. So werden die Hintergründe der Revolution von 1989 im dunkeln gelassen, was mit einer Ambiguität und Zwiespältigkeit der Politik des Wendepäsidenten Ion Iliescu (1990–1992, 1992–1996, ab 2000) einhergegangen ist und noch einhergeht. Gerade Iliescu hat während seiner ersten Amtszeit entscheidend dazu beigetragen, dass viele Reformen nicht oder nur halbherzig durchgeführt und so die nötige politische Transparenz und Erneuerung verhindert wurden. In Krisenzeiten und einer allgemeinen Orientierungslosigkeit gewinnen zudem die alten Feindbilder entlang ethnisch-nationaler und religiöser Linien wieder an Aktualität – übrigens auf allen Seiten – und werden erneut im Sinne von Ablenkungsstrategien für die Herrschaftssicherung und für die nationale Identitätsfindung instrumentalisiert. Auch dem von 1996–2000 regierenden bürgerlich-konservativen Parteienbündnis der Demokratischen Konvention mit dem Präsidenten Emil Constantinescu gelang es nicht, die tiefgreifenden Probleme des Landes in den Griff zu bekommen, da er oft nur mit der Bewältigung von Regierungskrisen im eigenen Lager beschäftigt war. Die generelle Enttäuschung über die unverändert schlechte wirtschaftliche – mehr als ein Drittel der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze –, soziale und politische Lage verhalf dem Altkommunisten Ion Iliescu bei den letzten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom November/Dezember 2000 ein drittes Mal zur Macht und erbrachte zudem einen großen Zuwachs an Stimmen für die rechtsextremistische, nationalistische und xenophobe Partei „Groß-Rumänien“ des Demagogen Corneliu Vadim Tudor, die zweite Kraft hinter der

Partei Iliescus wurde. Auch dies sind nicht die besten Voraussetzungen für eine grundlegende Reformbereitschaft und eine politische und nationale Entpolarisierung. Es bleibt daher abzuwarten, inwieweit notwendige Reformen und die Erwartungen der Wähler auf eine schnelle und spürbare Verbesserung der Lebensverhältnisse zu vereinbaren sind.

Die geschichtliche Hypothek besteht jetzt vor allem in dem negativen kommunistischen Erbe, das einhergehend mit dem wirtschaftlichen Niedergang bereits vorhandene politisch-kulturelle Defizite wie Korruption, Klientelwesen, Opportunismus, Funktionärsmentalität und nationale Feindbilder trotz eines gegenteiligen Anspruchs weiter verstärkt hat. Andererseits musste sich Rumänien im Lauf seiner Geschichte immer wieder neuen Gegebenheiten anpassen, um seine Existenz zu bewahren. Vielleicht liegt in einer solchen Lern- und Anpassungsfähigkeit eine Chance für die Überwindung der jetzigen Transformationskrisen. In dieser Hinsicht könnte auch ein unvoreingenommener Blick auf die historischen Möglichkeiten, die genutzt oder vertan wurden, zu mehr Offenheit führen und ein kritisches öffentliches Bewusstsein stärken, das neben einer wirtschaftlichen Gesundung notwendig ist, um die alten-neuen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ideologischen Dichotomien zu überwinden, die nach dem Zusammenbruch der kommunistisch-nationalistischen Diktatur freigesetzt wurden.

Einige Literaturhinweise

- Fischer, Holger, Eine kleine Geschichte Ungarns, Frankfurt 1999
 Gabanyi, Anneli Ute, Die unvollendete Revolution. Rumänien zwischen Diktatur und Demokratie, München/Zürich 1990
 Gabanyi, Anneli Ute, Systemwechsel in Rumänien. Von der Revolution zur Transformation, München 1998
 Gündisch, Konrad, Siebenbürgen und die Siebenbürger Sachsen, München 1998
 Hösch, Edgar, Geschichte der Balkanländer. Von der Frühzeit bis zur Gegenwart, München 1993
 Huber, Manfred, Grundzüge der Geschichte Rumäniens, Darmstadt 1973
 Köpeczi, Béla (Hg.), Kurze Geschichte Siebenbürgens, Budapest 1990
 Martin, Ralf-Peter, Dracula. Das Leben des Fürsten Vlad Tepes, Berlin 1996
 Oschlies, Wolf, Ceausescus Schatten schwindet. Politische Geschichte Rumäniens 1988–1998, Köln 1998
 Roth, Harald, Kleine Geschichte Siebenbürgens, Köln 1996
 Völkl, Ekkehard, Rumänien. Vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart, München 1995
 Zach, Krista (Hg.), Rumänien im Brennpunkt. Sprache und Politik, Identität und Ideologie im Wandel, München 1998